

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Deutschland 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erzahlung bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 11,50 M. Zugänglich Salva-Kassachlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Kompositionszelle oder deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Zentrum 2630, 2645, 4516 4003, 4035, 4049, 4921.

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Welt wartet auf Antwort!

### Die politische Lage in Sachsen

Aus Dresden wird uns geschrieben:  
Unmittelbar nach dem politischen Umsturz am 9. November 1918 kamen die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz in zwei Sitzungen zusammen, um über die Lage und besonders über eine Volksbeauftragten-Regierung sich schlüssig zu werden. Alle drei sozialistischen Richtungen waren vertreten, die Kommunisten durch Hedert-Chemnitz und Otto Kühle-Dresden. In der ersten Sitzung herrschte Uebereinstimmung, daß nach Lage der Sache die Regierung — sechs Volksbeauftragte — aus allen drei Gruppen zu bilden sei. Für Einbeziehung der Rechtssozialisten trat besonders auch Hedert ein, der sich ebenfalls zum Eintritt in eine solche Regierung bereit erklärte. Am anderen Tage waren die Kommunisten jedoch schon anderen Sinnes geworden. Sie erklärten, das Amt von Volksbeauftragten nicht übernehmen, das vielmehr der U. S. P. und den Rechtssozialisten allein überlassen zu wollen.

### Ein offener Brief An Herrn Karl Huszar, ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten!

Edo Fimmen, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, richtete an den früheren Ministerpräsidenten Ungarns Herrn Huszar, der in Holland den Botschaft als ein jüdisch-kommunistisches Radewerk denunzierte. Einen offenen Brief, der eine flammende Anklage gegen die heuchlerische Zweispaltigkeit der „christlichsozialen“ Politik des herrschenden Systems und ihrer Greuel ist. Er resapituliert in knappen Worten die unermesslichen Leiden der ungarischen Arbeiterklasse und heischt von Huszar Antwort und Rechenschaft.

Herr Huszar, der Christliche der Christen, zog es vor, die Fragen des offenen Briefes nicht beantwortet zu lassen, was ja um so verständlicher erscheint, da ihre wahrheitsgetreue Beantwortung einer vernichtenden Beurteilung des Huszar-Horthy-Systems gleichkäme. Er zog es daher vor, in einem Interview, das er einem holländischen Journalisten gab, diesen Brief nur oberflächlich zu berühren und fand zum Schluß, daß eine Aussprache über eine Amnestie unter der verurteilten politischen Verbrecher Ungarns nicht aus geschlossenen Reihen, sondern wenn der Gewerkschaftsbund Garantien gewähre, daß die kommunistische Propaganda nicht wieder aufblühe. Herr Huszar, der schließlich auch ein Gewerkschaftler ist, sollte doch wissen, daß das Internationale Gewerkschaftsbureau, das die konservativen Gewerkschaften bis zu den radikalsten französischen Gewerkschaften umspannt, sich von aktiver Politik überhaupt fernhält, dies den politischen Arbeiterparteien überläßt, also auf die Propaganda irgendeiner Richtung des Sozialismus keinen Einfluß nimmt. Was die Gewerkschaftsinternationale aber fordern muß, das ist Entwidlungsfreiheit der Arbeiterbewegung schlechthin. Diese wird durch Horthy-Huszar erzwungen, daher der Botschaft der Gewerkschaftsinternationale gegen die ungarische Regierung.

Fimmen weist in seinem Briefe energisch die Behauptung des Huszar zurück, daß der Botschaft des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Zweck habe, Handlangerdienste für den Bolschewismus zu leisten. Der Botschaft habe keinen anderen Zweck, als Huszar und die Seinen, die sich als Christen ausgeben und die Macht in Ungarn haben, zu zwingen, nicht nur schön klingende Worte zu gebrauchen, sondern den hohen und edlen Grundfragen gemäß zu handeln, die sie zu vertreten vorgeben, und die Macht anzuwenden, die sie zu besitzen behaupten, um den Greueln, die Ungarn geschehen, ein Ende zu machen, Greueln, die auch Huszar nicht völlig zu leugnen vermochte.

Weiterhin macht Fimmen darauf aufmerksam, daß der Internationale Gewerkschaftsbund erst am 1. November 1919 seine Tätigkeit aufnahm, die Regierung Bela Kun aber bereits am 1. August 1919 ihr Ende erreichte, der Internationale Gewerkschaftsbund aber nicht gut vor seinem Bestehen gegen die Ermordung und Marterung von „Christen“ interessieren konnte, wovon übrigens bis zu Herrn Huszars Behauptung niemand etwas gewußt habe. Fimmen stellt dann folgende konkrete Fragen an Huszar:

Es ist nicht wahr, daß — obgleich Sie das Bestehen des weißen Schreckens in Ihrem Lande zugeben und ihn bekämpfen zu wollen versprechen — zur Zeit als Sie, Karl Huszar, Ministerpräsident von Ungarn waren, Ihre Regierung kein Verbot gegen die Ermordung und Marterung von „Christen“ erließ, daß in Ungarn ein solcher Terror bestände?

Es ist nicht wahr, daß, als Sie Ministerpräsident in Ungarn waren — trotz Ihrer Regierungserklärungen und im Widerspruch mit ihnen — sicherlich nicht weniger gemordet, gemartert und vergewaltigt wurde, als im gegenwärtigen Augenblick, in dem Sie dagegen zu protestieren vorgeben, ohne daß Sie bereit oder imstande waren, dem Martern und Morden Einhalt zu gebieten?

Es ist nicht wahr, daß, als Sie Ministerpräsident von Ungarn waren, Hunderte und Tausende von den Offizierenbetagungen gefangen genommen und oft auf die grausamste Weise gequält wurden, ohne daß Sie einen Finger gerührt haben, um die Missetäter zu strafen, ohne daß Sie, mit oder ohne Christentum, einen Versuch gemacht haben, die Unglücklichen aus den Klauen ihrer brutalen Peiniger zu retten?

Es ist nicht wahr — um unter den Hunderten Fällen, die ich vorzulegen bereit bin, nur diese wenigen zu nennen — daß im November 1919 200 bis 300 Einwohner von Kecsemet ermordet wurden, ohne daß vorher eine gerichtliche Untersuchung stattgefunden hätte oder ein Urteil gefällt worden wäre?

Es ist nicht wahr, daß eine Anzahl dieser Ermordeten von Hauptmann Szekely und Hauptmann Szabo, beide aus dem Detachement Pronay und versehen mit einer Vollmacht, die den offiziellen Stempel der Budapester Polizeitruppe, aus dem Gefängnis geholt wurden, bei welchem Wert Leutnant Ivan Hejjas, der Militärkommandant von Kecsemet, Assistentendienst leistete?

Es ist nicht wahr, daß nachfolgend genannte Personen ermordet wurden, nachdem sie vorher den grausamsten Marterungen und Mißhandlungen ausgesetzt worden waren: Anton Batonyi, Josef Benda, Dr. Desider Buday, Ladislaus Gajos,

Johann Czigany, Moses Eggeli, Paul Karayo, Georg Karlas, Alexander Karlas, Michael Gabanyi, Josef Hajnit, Dr. Ludwig Halmos, Dome Horvath, Johann Hrobar, Arthur Kampfer, Ladislaus Kosa, Stephan V. Kovacs, Charles Lacrobits, Stephan Lugosi, Emmerich Neumann-Stephany, Ortaly, Julius Polonyi, Dr. Sigmund Stern, Stephan Simon, Georg Szalovits, Ludwig Szegedi, Mrs. Ludwig Szoh, Ladislaus Türet, Gabriel Verese, Stephan Willam, Ludwig Vince, Dr. Rudolf Frith, Rudolf Hegedüs, Emmerich Deusch, Adolf Jelete.

Es ist nicht wahr, daß einigen dieser Schicksalopfer die Augen ausgekrochen, andere kastriert und andere lebendig begraben wurden?

Es ist nicht wahr, daß Berichte über diese Greuelthaten unbeachtet blieben, trotzdem der Justizminister Stephan Barco in einem Schreiben vom 1. Februar d. J. an den Oberbefehlshaber Horthy eine strenge Bestrafung der Schuldigen an dieser Massenschlächtere verlangt hatte?

Es ist nicht wahr, daß Sie, Karl Huszar, als Ministerpräsident die feierliche Zusage machten, eine ernste Untersuchung anordnen und die Täter streng bestrafen zu wollen?

Es ist nicht wahr, daß, entgegen diesen Zusagen, Hauptmann Szekely, Hauptmann Szabo, Leutnant Ivan Hejjas, ebenso wie Leutnant Patay und der Gendarmerieunteroffizier Michael Kiss, welche letztere sich in der Umgebung von Kecsemet ähnliche Greuel haben zu Schulden kommen lassen, sich nicht nur in Freiheit befinden, sondern seither ihre Greuel- und Mordtaten fortsetzen?

Es ist nicht wahr, um nur noch einen Fall neueren Datums zu nennen, daß die Rebakteure der „Rephava“ Somogyi und Bacso von Offizieren verschleppt, in einem Auto weggeführt und ermordet wurden?

Es ist nicht wahr, daß die Polizei, durch einen Augenzeugen, einen Bürger aus Jugoslawien, davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß sich in diesem Auto Hauptmann Pronay und die beiden Leutnants Bibo und Seiczil befanden?

Es ist nicht wahr, daß demselben Leutnant Seiczil die Untersuchung über diesen Mord an dem er selbst beteiligt war, übertragen wurde?

Es ist nicht wahr, daß Sie, Karl Huszar, als Ministerpräsident öffentlich erklärt und die Zusage gegeben haben, daß die Mörder Somogyis innerhalb zweimal vierundzwanzig Stunden verhaftet würden?

Es ist nicht wahr, daß die Mörder entgegen Ihrem gegebenen Worte sich in Freiheit befinden und straflos neue Greuelthaten begehen?

Es ist nicht wahr... Ich könnte fortfahren, Ihnen Fragen zu stellen, die Sie nur bejahend beantworten müßten, da Sie wissen, daß sie auf Wahrheit beruhen. Ich begnüge mich indes nur noch diese eine Frage an Sie zu stellen:

Sind Sie, Karl Huszar, gewesener Ministerpräsident von Ungarn, bereit, dafür Sorge zu tragen, Ihren und den schönen Worten Ihrer Regierung Taten folgen zu lassen?

Sind Sie, der Sie derzeit auch Mitglied des Vorstandes eines Internationalen Gewerkschaftsbundes sind, der sich selbst mit dem Prädikat „christlich“ schmückt hat — sind Sie bereit, dafür zu sorgen, daß die vom Vertreter der Entente-Regierungen, Sir Cunningham, nach dem Fall der Räteregierung gegebenen Zusagen nunmehr eingelöst werden? Daß alle politischen Verfolgungen eingestellt und die Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden? Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, daß eine allgemeine Amnestie erlassen wird für jene, die noch am Leben sind oder — falls dies den Grundfragen Ihrer Moral widerstreiten sollte — dafür Bürgen zu stellen, daß die Mörder von Somogyis und Bacso und die der anderen Hunderte und Tausende, die hingerichtet wurden, gefangen genommen und in derselben Weise behandelt und abgeurteilt werden wie jene, die sich an Missetaten schuldig gemacht haben, bevor Sie an die Regierung gelangten?

Wenn ja: sind Sie in diesem Falle bereit, die Regierung Ihres Landes zu veranlassen, Garantien zu geben für das Leben und die Sicherheit all jener, die nicht „christlich“ sind?

Eine durch Taten bekräftigte Antwort auf diese Frage wäre im Interesse des Landes, das Sie nach Holland gesendet hat.

Edo Fimmen,  
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes  
und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

### Die Wiener Verhandlungen

Wien, 30. Juni.  
Die Besprechung über die Botschaftsfrage unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Krenner wurden heute abgeschlossen. Der ungarische Gesandte Graf erteilte Aufklärung über jene Punkte, über welche er seit der letzten Sitzung Erklärungen bei der ungarischen Regierung eingeholt hatte.

In der anschließenden Besprechung gab Sekretär Fimmen der Hoffnung Ausdruck, daß die Grundzüge zu welchen sich die ungarische Regierung nach den Darlegungen des ungarischen Gesandten bekannt hat, auf der ganzen Linie ihre praktische Verwirklichung finden werden. Er werde über den Verlauf der Verhandlungen dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes berichten.

Dieser schnelle Meinungswechsel der Kommunisten bewirkte eine starke Veränderung der Lage. Denn nun mußte die Volksbeauftragten-Regierung paritätisch von den zwei sozialistischen Gruppen zusammengesetzt werden, während nach der Abmachung am Tage vorher alle drei Richtungen je zwei Vertreter gestellt und damit die Rechtssozialisten in die Minderheit gedrängt worden wären. Für die Regierung wurden bestimmt von der U. S. P. die Genossen Fleigner, Friedrich Geyer und Lipinski; von den Rechtssozialisten Bus (der jetzige Ministerpräsident), Gradnauer (Buchs Vorgänger) und Schwarz (jetzt noch Wirtschaftsminister). Fleigner suchte noch im letzten Augenblick Kühle zu bewegen, an seiner (Fleigners) Stelle eines der Ämter zu übernehmen. Jedoch ohne Erfolg. Inzwischen war von dem Dresdener Exekutiv-Ausschuß ein von Kühle verfaßter Aufruf veröffentlicht worden, der die politischen Veränderungen proklamierte und an Stelle des Landtags die baldige Berufung einer Nationalversammlung für Sachsen verlangte. (1) Letzteres zeigt, daß in der Zeit unmittelbar nach der Revolution die Ansichten über die nächsten Maßnahmen noch keineswegs völlig geflärt waren, auch nicht bei den Kommunisten mit einem ihrer extremsten Vertreter an der Spitze. Der Aufruf war von Kühle und Schwarz, den Vorsitzenden des Dresdener Exekutiv-Ausschusses, unterzeichnet. In diesem Ausschuß und im Dresdener Arbeiter- und Soldatenrat spielten die Kommunisten unter Kühles glorreicher Führung eine nichts weniger als imponierende Rolle. Sie besetzten sich aus der peinlichen Lage sehr bald auf recht einfache Weise: sie traten nach etwa acht Tagen aus diesen Körperschaften aus. Natürlich mit einer lärmenden, revolutionär klingenden öffentlichen Erklärung. Und ohne daß sie während der acht Tage auch nur den geringsten Versuch gemacht hätten, die Entwicklung und Gestaltung der Lage nach ihren angeblickt einzig und allein revolutionären Grundgedanken zu beeinflussen. In ihrer Entschlossenheit darf gesagt werden, daß außer in Leipzig damals noch in ganz Sachsen die Rechtssozialisten die Massen hinter sich hatten. Und auch einen großen Teil des Bürgertums, wie besonders die Neuwahl des Arbeiterrates in Dresden Anfang Dezember zeigte. Die Haltung der Rechtssozialisten schien dem Bürgertum eine Garantie dafür zu bieten, daß die revolutionäre Bewegung nicht weiter um sich greife, vielmehr sabotiert werde, um dann in die seitdem vielgerühmte Demokratie auszumünden, die jedenfalls als das kleinere Übel gegenüber einer konsequenten revolutionären Gestaltung der Verhältnisse diesen Kreisen gemehrer war. Die Spekulation des Bürgertums hat nicht gelogen, wie sich in der Folge ergeben hat. — In dieser schwierigen Situation die Dinge im revolutionären Sinne zu meistern, war natürlich schwer; um so bezeichnender muß das damalige Verhalten der Linkradikalen bejauhet werden, die fahnenflüchtig wurden, um dann in gewohnter und bekannter Weise über die U. S. P. herzufallen.

So dominierten die Rechtssozialisten in den maßgebenden Körperschaften Dresdens, und damit auch im größten Teile des Landes. Unter solchen Umständen konnte von vornherein mit einer längeren Dauer und für die Sache des Proletariats fruchtbarer Arbeit der Volksbeauftragten-Regierung nicht gerechnet werden. Nach zwei Monaten kam es zum Krach. Am 15. Januar 1919 legten die Volksbeauftragten der U. S. P. ihre Ämter nieder. Unmittelbarer Anlaß dazu war das Vorgehen des Dresdener Exekutiv-Komitees gegen die revolutionäre Bewegung in Dresden unter Führung Neurings, der später als Militärminister von einer erregten Volksmenge von der Brücke in die Elbe gestürzt wurde und so ein grauenvolles Ende fand. Die drei rechtssozialistischen Volksbeauftragten deckten die Gewaltmaßnahmen Neurings und Genossen, wobei es sich u. a. gegen die durchaus willkürliche und völlig unbegründete Verhaftung Kühles handelte. — Am 2. Februar wurde die sächsische Volkskammer gewählt. Die Verhältnisse begannen sich bereits zugunsten von links zu verschieben. Die Wahl ergab eine sozialistische Mehrheit mit 42 Rechtssozialisten und 15 Mandaten der U. S. P. von insgesamt 96 Abgeordneten. Bis zur Wahl waren an Stelle der ausgeschiedenen Unabhängigen drei weitere Rechtssozialisten in die



Pflichtbeauftragten-Regierung eingetreten. Nach dem Ergebnis der Wahl wurde die Frage der Regierungsbildung wieder aktuell. Die Rechtssozialisten treten an die U. S. P., deren Vertreter des Landes billigten auf einer Konferenz den Eintritt in die Regierung unter bestimmten, unabweisbaren Bedingungen. Die Rechtssozialisten stimmten teils zu, im übrigen suchten sie zu fesseln und auszulagern. Das Ergebnis war unsere Ablehnung des Eintritts in die Regierung. Die Fraktion ließ jedoch durch ihren Redner in der Kammer, Genossen Zielner, erklären, daß sie bereit sei, eine nach Möglichkeit sozialistische Politik führen und fördern zu helfen, so daß die Regierung, wenn sie ernstlich eine solche wolle, stets eine Mehrheit im Parlament finden werde. So wurde die Regierung zunächst weiter rein rechtssozialistisch zusammengesetzt. Statt sich nun aber in allen ihren Maßnahmen auf die sozialistischen Fraktionen zu verlassen und rücksichtslos den Kampf gegen das Bürgertum zu führen, nahm sie unter dem Einfluß Gradnauers, der von vornherein für Aufnahme von Bürgerlichen eintrat, Rücksicht auf das Bürgertum. So reiste auch in Sachsen die bürgerlich-rechtssozialistische Koalition. Vor Eintritt in die Vertagung zu Anfang des Sommers 1919 ließen die Rechtssozialisten erklären, daß ohne eine breitere Basis für die Regierung in Zukunft nicht auszukommen sei. Abermals traten sie dann an die U. S. P. wegen des Mitregierens heran. Nunmehr war durch die inzwischen beliebte Politik der Regierung und rechtssozialistischen Fraktion, sowie durch das Verhalten ihrer Partei im Lande, ein Zusammenkommen noch viel erschwert. Auch deshalb, weil die Zuverlässigkeit der Rechtssozialisten, selbst wenn sie auf unsere Bedingungen eingingen, stark im Zweifel gezogen werden mußte. Es wurden deshalb unsererseits noch schärfere Forderungen gestellt, und von einer Landesversammlung der U. S. P., auf der nur gewählte Delegierte Stimmentrecht hatten, gebilligt. Die gegenseitigen Besprechungen hatten ein negatives Ergebnis, da wir uns auf ein Handeln und Abhandeln nicht einließen, sondern die andere Seite vor die Alternative: Entweder — oder stellten. Nunmehr wurden neben die fünf Rechtssozialisten zwei Demokraten in die Regierung berufen.

Seither ist der bürgerliche Einfluß noch größer geworden. Es kam wiederholt vor, daß sich diese Koalitionsregierung in wichtigen Fragen sogar in Gegensatz zur rechtssozialistischen Fraktion stellte. So z. B. in der des Religionsunterrichts in der Schule. Andererseits gingen aber auch wegen der immer mehr nach rechts gehenden Politik die rechtssozialistischen Organisationen und Arbeiter im Lande an, rebellisch zu werden. In Chemnitz entstand die sogenannte Chemnitzer Richtung, deren Drängen wohl vornehmlich der Sturz des Ministerpräsidenten Gradnauer und des Innenministers Hillig zuzuschreiben ist, die besonders in der Herbeiführung und Handhabung des Belagerungsstandes Proben ihrer Regierungskunst gegeben hatten. Diese Veränderung nahm man offenbar vor in Rücksicht auf die Reichstagswahlen. Herr Gradnauer, dessen Einfluß früher bei den Rechtssozialisten Sachsens maßgebend, geradezu ausschlaggebend war, wurde zur Wahl auf keine Bezirkswahlliste gesetzt; er hat sich mühsam durch die Reichsliste in den neuen Reichstag gerettet. Die Wahlsituation ließ es den Rechtssozialisten wohl auch geboten erscheinen, vor dem Abgang Gradnauers und Hilligs wiederum wegen Umbildung der Regierung an die U. S. P. heranzutreten. Und es schien, als ob sie uns diesmal um jeden Preis in die Regierung haben wollten. So erklärten sie sich öffentlich mit den von unserer Zentralkommission in Berlin nach dem 13. März aufgestellten acht Bedingungen öffentlich ohne weiteres einverstanden. Der Plan, der diese Taktik bestimmte, war nicht schwer zu durchschauen: die Rechtssozialisten wollten ihr Wahlagitationsgeschäft flott machen. Die U. S. P. aber lehnte eben in Rücksicht auf die durch die Reichstagswahl

zu erwartende Veränderung der Konstellation ab. Die Fraktion der U. S. P. forderte deshalb, daß am 6. Juni mit der Reichstagswahl zugleich der neue sächsische Landtag gewählt werde. Eine Forderung, für die anfangs auch die Rechtssozialisten eintraten, sie nahmer aber, „konsequent“ wie immer, unter niedrigen Gründen ablehnten. Die Wahl brachte die von jedem politischen Ausschüß vorausgesehene Verschiebung. Die Klassen-scheidung nach links und rechts, die Zermürbung der bürgerlich-sozialistischen Koalition, ist besonders stark in Sachsen in die Erscheinung getreten. Die sächsische Volkssammer ist daher in ihrer jetzigen Zusammensetzung kein Spiegelbild der Parteien mehr. Aber sie besteht weiter! Der Widerstand der Ablehnung der Neuwahl am 6. Juni ist nun ganz offenbar geworden. Deshalb größte Verlegenheit im Parlament und bei der Regierung. Vierzehn Tage lang überlegte und beriet man, was zu tun sei. Endlich fand man einen Ausweg dahingehend, daß die Regierung die Geschäfte bis zur Neuwahl weiterführt unter Zustimmung der Fraktionen, außer der der U. S. P. In der Etatdebatte der vorigen Woche haben die diesbezüglichen Auseinandersetzungen stattgefunden. Außer den Etat sollen noch das neue Wahlgesetz und die Verfassung — letztere gegen den Widerspruch unserer Genossen — erledigt werden. Im September etwa ist mit der Neuwahl in Sachsen zu rechnen. Bis dahin wird von etwa dem 20. Juli ab Parlamentsruhe sein. Nach der Wahl, die sicher wieder eine sozialistische Mehrheit bringen wird, tritt die Frage einer rein sozialistischen Regierung in Sachsen von neuem in das Gebiet des politischen Kalküls. Vorausgesetzt, daß nicht inzwischen die politische Lage gründlich sich ändert, was jedoch nicht wahrscheinlich ist.

Das „Kleine Häuflein“ der U. S. P., das noch vor reichlich Jahresfrist speziell von den Rechtssozialisten und als politisch bedeutungslos hingestellt wurde, ist jetzt schon zur stärksten Partei in Sachsen geworden. Unsere Taktik und Politik hat sich als richtig erwiesen.

## Das Werk der Lockspiegel Ausnahmezustand über Lübeck.

Auch gestern hat die Empörung der Volksmassen gegen den Wucher, der sich in den hohen Obst- und Gemüsepreisen äußert, in einigen Orten des Reiches zu neuen Untaten geführt. In Lübeck durchzogen nach einer Meldung des Wolffischen Telegraphenbureaus, nachdem die Obst- und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Waren zu billigeren Preisen abzugeben, plündernde Mengen die Straßen; sie hatten es namentlich auf die Warenhäuser und Schuhwarengeschäfte abgesehen; es wurde viel geraubt.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ beträgt die Zahl der Geschäfte, die vollständig ausgeplündert wurden, nahezu hundert. Wiederholt kam es im Laufe des Tages zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen es Tote und Verwundete gab. Der Senat hat den Ausnahmezustand über Lübeck verhängt.

Wir können auch heute nur wieder betonen, was wir neulich bereits warne festgestellt, daß diejenigen, die sich zu Plünderungen hergeben, ob sie es wollen oder nicht — die Geschäfte der Reaktion besorgen. Auch die „rote Fahne“ warnt heute nachdrücklich, den Reaktionsären, die die Lebensmittelunruhen gestiftet haben, vorzurufen trachten, in das Garn zu gehen. Sie schreibt über die Lockspiegel, die in der Berliner Zentralmarkthalle zu den erregten Auftritten geführt haben, folgendes: Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Hamburger Agitatoren sich bereits wieder auf ihrem Fuß befinden, daß wohlorganisierte Propagandabanden sich an arbeitslose Männer und Frauen vor den Arbeitssuchenden heranzuwagen und sie zu Demonstrationen und „Protestaktionen“ gegen den Lebensmittel-

wucher veranlassen wollen. Der Plan der Spigel geht dahin, sich an die Spitze von schnell zusammengestapelten Demonstrationen zu stellen, die sie dann in die berühmte Bannweite von den Reichstag führen und dort den Wuchergewehren und Handgranaten der Sicherheitspolizei ausliefern. Es ist ein teuflisch ausgeheckter Plan. Die verdächtigsten Haken führen rote Fahnen und Tafeln mit Protestinschriften mit sich und verteilen sie an beliebigen Plätzen bereitwillig an Kinder und unverlässliche Burken. Nur allzu leicht fallen besonders Frauen, die über die immer schwindelhafter in die Höhe kletternden Preise schier verzweifeln und dahseim, um hungrige Mäuler, die sie nicht befriedigen können, besorgt sind, herein. Es ist den Spigelbanditen bereits gelungen, am Dienstag nachmittag Demonstrationen unter den Linden und in der Weberstraße zu veranstalten. Viel stärker aber noch, als die Protestzüge waren, folgten merkwürdigerweise Andres schwerbewaffneter Sicherheitspolizei den Demonstrationen. Nur dem besonnenen und ausdauernden Zureden vorübergehender Arbeiter ist es gelungen, die Frauen und Mädchen rechtzeitig zum Auseinandergehen zu bewegen und dadurch das bestellte Blutbad, das in der „neutralen gefahrlos festgelegten Zone“ um den Reichstag vor sich gehen sollte, zu verhindern.“

Es ist deshalb die Pflicht aller organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, mit allem Nachdruck in den Kreisen ihrer Berufskollegen darauf hinzuweisen, daß der Protest gegen die Lebensmittelsteuerung, gegen die Ablieferungstreue der Landwirte gegen den Wucher der Händler, gegen die Hinaufführung der Preise durch die Regierung nicht durch Einzelaktionen auf der Straße geäußert werden darf. Der Wille der minderbemittelten Bevölkerung muß zusammengefaßt und einheitlich zum Ausdruck gebracht werden. Er ist zu führen mit den Mitteln des politischen Kampfes innerhalb und außerhalb des Parlamentes durch die politischen Parteien und durch die Gewerkschaften, die bei dieser Aufräumarbeit der Massen durch die Betriebsräte unterstützt werden müssen.

Um dem Protest gegen die Lebensmittelsteuerung Kraft zu verleihen, und den herrschenden Gewalten zu zeigen, daß die minderbemittelte Bevölkerung nicht geneigt ist, diese drückende Last länger auf sich ruhen zu lassen, hat die Unabhängige Sozialdemokratie für heute Abend Massenversammlungen einberufen. Sie müssen zahlreich besucht werden, damit die Protestbewegung, die die Unabhängige Reichstagsfraktion durch die Interpellation über die Lebensmittelsteuerung eingeleitet hat, mit allem Nachdruck unterstützt wird.

## Der französische Botschafter in Berlin

Der neuernannte französische Botschafter Laurent ist heute früh in Berlin eingetroffen und auf Bahnhof Friedrichstraße von den Herren der Botschaft empfangen worden.

Das Ende eines Heftblattes. Der Scherf-Verlag sieht sich veranlaßt, infolge der gestiegenen Druckpapierpreise und der Verteuerung von Löhnen und Gehältern ab 1. Juli d. J. auf weiteres das Erscheinen der Tageszeitung „Der Abend“ einzustellen. Damit verendet ein Blatt, das stets nur von der besten Genossenschaft geleitet war.

Der Streik der holländischen Arbeiter in Düsseldorf, der über vierzehn Tage währte, ist beendet.

Umbildung der schwedischen Regierung. Nach einem Telegramm aus Stockholm sind im Zusammenhang mit der letzten Umbildung der verschiedenen Ministerien folgende Neuernennungen zu der Regierung vorgenommen worden: Der Justizminister Linden hat seinen Abschied erhalten und zu seinem Nachfolger wurde Åkerman ernannt. Ferner wurden ernannt zum Verkehrsminister Hansson, zum Sozialminister Erikson, zum Reichsminister Sorenson, zum Handelsminister Thorsson, zum Finanzminister Sandler und zum Minister ohne Portefeuille Linder.

Der Friedensvertrag von St. Germain wurde vom französischen Senat mit 193 gegen 93 Stimmen genehmigt.

## Regereien

### Nachdenkliches zum Thema Betriebsrätebildung

Wir machen viel in Rätebildung. Rätechulen, Rätefurse, Rätevereine mehren sich von Tag zu Tag. Noch nie ist für einen Bildungszweck so viel Elster aufgewendet worden, noch nie hat die Arbeiterbewegung auf dem Gebiete des Bildungswesens eine Aufgabe mit so viel Frische aufgenommen.

Eine erfreuliche Erscheinung. Beweist sie doch, daß die Arbeiterklasse Sinn und Bedeutung der Betriebsräte begriffen hat. Die Betriebsräte sind Organe des Kampfes und Machtfaktoren der Arbeiterklasse zugleich. Zum Kampfe gegen überlegene Mächte sowohl wie zur Ausübung von Macht gehört Wissen. Nicht der Besitz an Kapital allein verleiht den bürgerlichen Klassen ihre Ueberlegenheit gegenüber dem Proletariat, sondern fast noch mehr der Besitz an Bildung. Der Klassenstaat hätte daher die Schätze des Wissens wohl noch sorgfamer vor dem Zugriff der hungernden Massen, als die Güter, die von Kost und Motten gefressen werden. Das Bürgertum, das den Klassenstaat regiert, weiß warum. Und das Proletariat weiß es auch und folgert daraus, daß jeder Zuwachs an Wissen, den es sich verschafft, ein Zuwachs an Macht ist.

Die Betriebsräte sind eine neue Erscheinung. Sie sind mehr als Funktionäre von Organisationen oder Beauftragte von Arbeiter- und Angestelltenvereinen zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Sie sind, zu Industriekörpern zusammengefaßt, mitbestimmende Organe der Volks- und Staatswirtschaft, Keimzellen einer Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, bestimmt, einen neuen staatsrechtlichen Faktor aus sich heraus zu entwickeln. So treten sie neben die alten Organe der Gesetzgebung und Verwaltung als eine neue Macht im Gesellschaftsleben. Ist dieses Ziel der Rätebewegung auch bei weitem nicht erreicht, so ist das Streben dorthin doch unausfallsam, wenn die Organisation der Betriebsräte erst einmal gebildet ist und die Betriebsräte ihre Aufgabe erkannt haben.

Daß sie sie erkannt haben, dafür zeugt ihr Bildungseifer. Daß für die Erfüllung dieser Aufgabe Wissen in noch weit höherem Maße notwendig ist, als für die Uebung anderer Funktionen, die in der Arbeiterbewegung bisher erforderlich waren, diese Erkenntnis tritt uns zur Einrichtung einer Rätechule nach der andern, einer Rätefurschule über die andere. Wie gesagt: ein Willkürliches Beginnen.

Dennoch kann man sich eines Gefühls der Bangigkeit nicht erwehren, wenn man dieses äppige Gesehnen aus einer gewissen Perspektive betrachtet. Niemand wird mich — so hoffe ich wenigstens, und darum glaube ich, ein offenes Wort riskieren zu können — für einen Gegner der Rätebewegung oder gar für einen Feind der Arbeiterbildungsbestrebungen halten. Aber ich muß bekennen, daß mir doch dieses und jenes einfällt, wenn ich die Kurse und Schulen für Betriebsräte so dicht gedrängt beisammen und schweißgebadet arbeiten sehe.

Will die Rätechule ihre Existenz rechtfertigen und ihre Aufgabe erfüllen, so muß sie ihre Aufgabe verhältnismäßig eng begrenzen. Gewiß, der Kreis des Wirkens der Betriebsräte ist groß, er umfaßt Arbeit und Wirtschaft eines ganzen Volkes, ja der ganzen Welt. Die Fülle der Stoffe ist also — schätzbar —

unbegrenzt. Aber lassen wir uns durch diesen Schein nicht täuschen. Wir werden zunächst alle Hände voll zu tun haben, wenn wir nur das Lesen und Fruchtbarmachen wollen, was an die Bedürfnisse der täglichen volkswirtschaftlichen und betriebstechnischen Praxis anknüpft. Aber selbst, wenn es uns gelingt, unsere Tätigkeit in den Rätekursen sehr schnell über diesen Rahmen hinaus weiter zu spannen, so müssen wir doch alles, was wir vor den Betriebsräten lehren, und mag es das All umfassen, unter einem vorausbestimmten Gesichtswinkel betrachten. Die Rätechule will ein bestimmtes begrenztes Bedürfnis befriedigen. Das heißt, die Rätechule ist Fachschule, und als solche ist sie von vornherein mit einem der häufigsten Mängel des jetzigen staatlichen Bildungswesens behaftet, das ebenfalls Fachleute erzieht, Beamte, Funktionäre des Staates, für ein bestimmtes Amt und einen begrenzten Tätigkeitskreis. Ich behaupte sogar, die Rätechule wird ihre Aufgabe um so vollkommener erfüllen, je besser sie diese Beschränktheit ihres Seins erkennt und danach arbeitet.

Stellen wir uns vor, wie lehren einige Jahre hindurch, gezwungen durch das Bedürfnis, in hunderten von Rätechulen vor Tausenden von Betriebsräten nach dieser Methode, die sich in der Auswahl ihrer Stoffe immer in dem gleichen Kreise bewegt und die die Welt immer nur aus der Perspektive des strebsamen Betriebsrates betrachtet. Jähren wir damit nicht innerhalb des Proletariats eine gebildete Oberschicht, eine Priesterkaste, die sich im Besitz eines wichtigen Geheimwissens befindet, das sie hoch erhebt über die Massen der Unwissenden? Erziehen wir damit nicht „tächtige Beamte“, die ihr Amt genau so trefflich erfüllen, wie — in der Legende — die altpreußischen Beamten, die aber auch geistige Eigenschaften zeigen werden, die denen jener Beamtenkaste täuschend ähnlich sind? Wir fällt der neuerdings so beliebte und gebrauchliche Ehrentitel „Bonge“ ein. Ich bin der Meinung, daß er oft zu Unrecht in verächtlichem Sinne gebraucht wird, und ich fürchte die Bongegefährde, die manche so schwarz an die Wand malen, nicht sehr. Aber vor diesen Bildungsbongezogen, die da vor meinen verängstigten „geistigen Augen“ ersehen, würde ich mich doch in Sicherheit zu bringen suchen. . .

Unsere geschätzten Freunde von der engeren Rätefront werden mir ins Wort fallen und erklären, daß gegen eine solche Bildungszucht unter den Betriebsräten das Gesetz der Abwehrbarkeit bürge. Dadurch wird der Kreis der Betriebsräte und damit auch der Kreis der Hörer in den Rätechulen wecheln und die in den Kursen vermittelte Bildung wird sich damit weiter verbreiten, als mein ängstliches Gemüt vorausahnt. Was die Abberufung betrifft, sind sich meines Wissens Regereien

die Vertreter aller Räteysteme vollkommen einig. Das kommt einfach daher, weil dieser alte Brauch der Abberufbarkeit der Funktionäre in der Arbeiterbewegung eigentlich nie gebrochen worden ist. In der Theorie! In der Praxis aber wird es in der Rätebewegung genau so kommen, wie es in den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung immer war: wer einmal ein Amt hat, der wird es sobald nicht wieder los. Ich sehe da verschiedenes mit prominenten Vertretern der Räteidee besetzte Räte-

perschaften. Sie haben eine bewegte und rühmliche Geschichte erlebt, sie haben sich durch Spaltung vermehrt, haben Namen und Art gewechselt, aber zu einer Abberufung haben sie es noch nicht gebracht. Nein, das hat zum Glück noch nicht einmal Koske geschafft! Ich sage zu dem Glück, denn ich bin der Meinung, daß die Genossen in den Betrieben sehr bald einsinken werden, wie wertvoll ein geschulter Betriebsrat oder Funktionär der Rätebewegung ist, und sie werden dann mit der Abberufung sehr zurückhaltend sein, obwohl das Recht zur Abberufung ihnen natürlich bleibt. Und diese Reizung zur Zurückhaltung wird sich steigern in demselben Maße, wie sich die Schulung der Betriebsräte entwickelt und damit die Eignung der einzelnen Personen für die Ausübung des ihnen anvertrauten Amtes wächst.

Auch hier bin ich also, man mag mir verzeihen, ein wenig lehrerlich. Und darum muß ich schon bei meinen Bedenken bleiben.

Sollen wir nun darum die Rätebildung unterlassen? Keineswegs. Wir können nicht ernst genug auf diesem Gebiete schaffen. Aber wir müssen uns auch der Gefahren bewußt sein, die in der notgedrungenen Einarbeitung dieser Bildungsarbeit liegen. Wir müssen diese Gefahren zu bannen suchen, indem wir ein Gegengewicht und einen Ausgleich gegenüber der Einseitigkeit der Fachbildung für eine bestimmte Gruppe von Funktionären schaffen: wir müssen die Bildungsarbeit pflegen, die sich an die gesamte Arbeiterklasse wendet und die alle Zweige des Wissens umfaßt. Das Parteibildungswesen muß uns, mehr als bisher und von den höheren Instanzen der Partei stärker gefördert, ein weitgespanntes politisches Wissen vermitteln, und in den Volkshochschulen, die wir durch unsere Mitarbeit zu beeinflussen und zu kontrollieren haben, muß das Proletariat auf den Gebieten der Natur- und Geisteswissenschaften nach Weiterbildung seines Wissens und nach Weiterentwicklung der auch die Parteibildungskurse gelegten Keime streben. Die Arbeiterklasse hat auch gar nicht den Wunsch, einseitig in einen bestimmten, sich ständig um einen Mittelpunkt drehenden Gedanktenkreis eingespannt zu werden. Es ist kein Zufall, daß neben den mathematischen Kursen (die auch für Betriebsräte nicht unnützlich wären) die philosophischen und kunstwissenschaftlichen Vortragsreihen der Volkshochschule Groß-Berlin und der Volkshochschulen in den meisten Vororten zu den bestbesuchten gehören. Und zwar von Arbeitern! Das zeigt, daß die denkende Arbeiterklasse geistig hinaus will über die Enge des ersten Alltags, obwohl sie sich des Wertes der Bildung, die, wie die Rätebildung, an diesen Alltags mit seinen Kämpfen anknüpft, vollkommen bewußt ist.

Wollen wir keine Wesen bilden, die geistig buckig und schließendlich sind, wollen wir harmonisch gebildete Menschen und starke, selbstlichere Persönlichkeit erziehen, so müssen wir den Rahmen unseres Bildungstrebens soweit wie möglich spannen. Nicht um das Rätebildungswesen zu verdrängen, sondern um es dann neben dem anderen mit größerer Sorglosigkeit umso emsiger betreiben zu können.

Richard Seidel.



# Die Ostjudenfrage.

Ein wesentliches Argument der deutschen reaktionären und antisemitischen Kreise ist die Behauptung, daß die steigende Einwanderung der Juden aus den Ostgebieten eine schwere materielle und psychische Gefahr für die Entwicklung des deutschen Volkes darstelle. In diesem Zusammenhang wird immer wieder an Hand außerordentlich Zahlenmaterials erklärt, daß diese Einwanderung erst nach der Revolution eingeleitet habe und seitdem immer größeren Umfang annehme. Tatsächlich ist aber die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden und seit 1914 eingewanderten Ostjuden auf höchstens 60-75 000 zu schätzen.

Ein erheblicher Teil dieser im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung unbedeutenden Zahl der Einwanderer ist nun nicht etwa freiwillig nach Deutschland gekommen, sondern von den kaiserlichen Behörden während des Krieges zwangsweise aus den östlichen Ländern nach Deutschland zur Arbeit in der Kriegsindustrie verschleppt worden. Außerdem kam der Strom der Amerikawanderer während der ganzen Kriegszeit in Deutschland ins Stocken, wenngleich heute bereits ein großer Teil dieser letztgenannten nach Deutschland verlassen hat, wodurch die Reueinwanderung fast völlig paralysiert werden dürfte. Es ist trotzdem unzweifelhaft, daß die Einwanderung seit dem Herbst 1918 tatsächlich zugenommen hat. Geht man aber den Gründen nach, so findet man auch hier eine beträchtliche Schuld des alten deutschen Regimes: Der schon immer bestehende Gegensatz zwischen Polen und Juden wurde während des Krieges von den deutschen Militärbehörden liebevoll gefördert. Als dann die Polen am Ausgang des Krieges ihre volle Freiheit erlangten, konnte dieser von Deutschland geschürte Haß seine Früchte tragen. Im Oktober 1918 begann die lange Kette von Judenprogrammen in Polen, deren Beispiel bald im ganzen von dem Krieg durchdrungen Osten die Signale zu unaufhörlichen Judenverfolgungen gegeben hat. Außerdem war es vor allem der wirtschaftliche Verfall, der die Juden zur Abwanderung nach Deutschland veranlaßte.

Wir wollen nicht darauf eingehen, weshalb Deutschland überhaupt nicht die Möglichkeit hätte, diesen Zustrom abzuwehren. Wie steht es aber mit der von reaktionärer Seite immer wieder aufgestellten Behauptung, daß diese Einwanderer ausschließlich aus Schiebern, Händlern und anderem „arbeitslosem Gesindel“ bestanden. Die neueren statistischen Feststellungen des Arbeitsamts über in der zweiten Jahreshälfte 1919 eingewanderte 6000 Ostjuden ergab vielmehr eine ungeheure Proletarisierung der ostjüdischen Bevölkerung, die zum allergrößten Teil ihre historische Stellung als unproduktive Händlerklasse mit Arbeiterberufen vertauscht hat. Nach diesen Erhebungen ergab nämlich die berufliche Gliederung der Einwanderer folgendes Bild:

Landwirtschaft	3,69 Prozent
Industrie und Handwerk	68,20 "
Verschiedene Lohnarbeiter	14,26 "
Handel und Verkehr	11,13 "
Freie Berufe	2,62 "

Also über 88 Prozent der östlichen Einwanderer sind Handarbeiter und der Prozentsatz der Händler und kaufmännischen Angestellten erhebt sich kaum über 11 Prozent.

Nun wird stets ausgeführt, daß der deutsche Arbeitsmarkt durch diesen Personenzustrom in außerordentlichem Maße belastet werde, da er ja nicht einmal in der Lage sei, die einheimischen Arbeitslosen aufzunehmen. Fraglos kann aber die Unterbringung der höchstens 20 000 ostjüdischen Arbeiter bei der Zahl der deutschen Arbeiterschaft um so weniger eine Gefährdung unserer Wirtschaft darstellen, als ja das westdeutsche und mitteldeutsche Industriegebiet bereits seit längeren Monaten einen steigenden Bedarf an Arbeitern hat, der durch die infolge ihrer festen Wohnsitze weniger beweglichen deutschen Arbeiter nicht voll befriedigt werden ist und nicht befriedigt werden kann. Nur dadurch, daß man bisher die Arbeitsvermittlung an diese Flüchtlinge dank der maßlosen Hebe der reaktionären Presse und aus bürokratischen Erwägungen unnötig erschwert hat und sie in den Großstädten zusammengepfercht hält, zwingt man die Einwanderer zu einer illegalen Existenz und zum Schieber- und Verbrechenstum.

Ein besonderes Stiefkind der reaktionären Presse bei der Behandlung der ostjüdischen Frage ist die angebliche Belastung des deutschen Wohnungsmarktes durch die Flüchtlinge. Wenn z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ immer wieder behauptet, daß ein großer Teil der Ostjuden im Berliner Westen große Wohnungen innehat, die dadurch der deutschen Bevölkerung entzogen würden und andererseits eine Reinigung des jüdischen Scheunenviertels fordere, so sind diese Unterstellungen in jeder Hinsicht leicht zu widerlegen. Soweit von russischen Juden überhaupt größere Wohnungen im Westen Berlins bewohnt werden, handelt es sich fast ausschließlich um die Freunde der „Deutschen Tageszeitung“, die ihrem ganzen sozialen Habitus nach zu jenen russischen Kulturkreisen gehören, die zum Teil aus politischen Gründen (Organisierung des Kampfes gegen Sowjetrußland) in Berlin Aufenthalt genommen haben.

Ganz anders aber liegen die Dinge hinsichtlich der Massen der ostjüdischen Einwanderer, die man allein im Auge haben könnte, wenn man von einer allgemeinen Belastung des Wohnungsmarktes durch die Ostjuden spricht. Zunächst muß betont werden, daß das neuerdings als jüdisch verschrieene Scheunenviertel keineswegs erst in den letzten Jahren diesen Charakter angenommen hat. Vielmehr ist, wie in anderen Großstädten, die Konzentrierung der Juden infolge der Verfolgungen, der Lebensverhältnisse und der allgemeinen Kulturverhältnisse auch in Berlin vor langer Zeit im Scheunenviertel erfolgt. Der enge Zusammenhang, in dem die neueingewanderten Ostjuden mit dieser alten ostjüdischen Siedlung stehen, hat selbstverständlich einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Wohnungsanfrage und Wohnungsverhältnisse der Einwanderer, zumal sie wegen ihrer schlechten finanziellen Lage sehr häufig auf die Unterstützung ihrer Glaubensgenossen angewiesen sind. Infolge der eigentümlichen Organisation der Herkunftsorte sind die Wohnungsanfrage der Ostjuden viel geringer als die der entsprechenden deutschen Bevölkerungsschicht. Das geht auch daraus hervor, daß immer wieder von der reaktionären Presse und gelegentlich auch von amtlicher Seite auf die durch die schlechten Wohnungsverhältnisse der Ostjuden für Berlin drohende Seuchengefahr hingewiesen wird. Allein diese Tatsache illustriert schon, daß es sich um im allgemeinen überhaupt nicht demohnbare Räumlichkeiten handelt, durch die die Wohnungsverhältnisse der anspruchsvolleren deutschen Bevölkerung in keiner Weise berührt werden. Erhebungen des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands haben ergeben, daß im Scheunenviertel Wohnungen, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, für sechs und mehr Personen häufig sind, und daß nur in ganz seltenen Fällen die Bewohner von zwei Personen für ein Zimmer untergebracht sind. Wenn trotz der sich aus dieser Beengtheit ergebenden sanitären Mängel weder im Kriege noch jetzt Seuchen und epidemische Krankheiten im ganzen Ostjudenviertel ausgebreitet sind, so spricht das nur für die Reinlichkeit der jüdischen Arbeiter.

Es ist ein altes Privileg der „Deutschen Tageszeitung“, alle Juden, von Eisner angefangen, als „Galizier“ zu beschimpfen. Wir haben nun bereits darauf hingewiesen, daß die Abwanderung hauptsächlich bedingenden Verfolgungen vor allem in Polen gräfflicher, woraus sich ohne weiteres eine stärkere Anteilnahme der polnischen Juden an der Einwanderung nach Deutschland ergibt. Dahingehende Erhebungen, die bei den oben erwähnten 6000 Einwanderern aus den Ostgebieten angestellt wurden, ergab die Nichtigkeit dieser Annahme. Von den 6000 Personen gaben als Geburtsort an:

Polen	76,00 Prozent
Galizien	11,00 "
Litauen	3,50 "
Ostprovinzen	1,00 "
Groß-Rußland	6,00 "
Ukraine	1,5 "

Daraus geht hervor, daß gerade die an sich verständliche Zuwanderung aus Galizien äußerst schwach ist.

Wohin man auch bei der Ostjudenfrage blickt, überall sieht man auf systematische Entstellungen und Lügen, um die zahlenmäßig schwache und volkswirtschaftlich absolut belanglose Einwanderung zu verhindern. Und doch mühten gerade die reaktionären Zeitungen diese Frage mit besonderer Vorliebe behandeln, da doch gerade sie es ja auch waren, die jene Politik billigten, die Überausende galizischer Juden während des Krieges von ihren alten Wohnsitzen vertrieb. Der ganze alldemokratisch-antisemitische Heldentum gegen die Ostjuden ist nur ein Eingeständnis der eignen Unfähigkeit, auf dem Gebiete des Wohnungswehens und der Arbeiterwanderung mit irgendwelchen positiven Vorschlägen aufzutreten. Es ist hier genau dieselbe Sache, wie mit dem ganzen Wiederbaufan-Rummel der reaktionären Parteien. Vor den Wahlen konnten sie den Mund nicht voll genug nehmen, nachdem ihnen die Wahlen einen Erfolg brachten, fällt ihnen das Herz in die Schuhe, daß sie in die Verlegenheit gebracht werden könnten, ihren demagogischen Reden die Taten folgen zu lassen. Zwar die extremsten Antisemiten, nämlich die Deutschnationalen, sind ja in der Opposition geblieben. Sie haben aber die Freiheit, auch die Taten der neuen Regierung als „jüdische Missetat“ zu brandmarken und weiter nach Herzenslust auf die Juden zu schimpfen. Die Reaktionen, die die kaiserliche Militärpolitik gebilligt und unterstützt haben, sind dreimal so heftig und erbärmlich, wenn sie die „loshende Volksseele“ gegen die unglücklichen Opfer der kaiserlichen Behörden hegen.

## Die Entmilitarisierung der Polizei.

Der preussische Minister des Inneren hat an den Reichsminister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der er gegen die von der Entente geforderte Auflösung der Sicherheitspolizei scharfen Protest erhebt.

Die Entente habe nach dem Friedensvertrag Artikel 162, in Polizeifragen selbst 2 Forderungen gestellt: Die erste betreffe die Stärkeverhältnisse der Polizei. Die zweite das Verbot militärischer Übungen für die Polizeitruppen.

Die Stärke habe die Entente nunmehr selbständig auf 150 000 Beamte erhöht, da sie eingesehen habe, daß nur ein starkes Polizeiaufgebot die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten könne. Was die zweite Forderung anbelangt, habe die Polizei, ob Sicherheits- oder Ordnungspolizei niemals militärische Übungen irgend welcher Art vorgenommen. Namentlich stelle die Entente eine neue Forderung auf, die innere Organisation der Polizei betreffend. Dies stelle einen unerhörten Eingriff in die Hoheitsrechte der einzelnen Länder dar, zu dem aus dem Friedensvertrag keinerlei Berechtigung vorliege. Die preussische Regierung habe als erste von den Landesregierungen den nach dem Kriege und der Revolution völlig veränderten Sicherheitsverhältnissen entsprechend, eine Umformung der staatlichen Polizei vorgenommen und unter Trennung der Aufgaben der Polizei eine Scheidung in Sicherheits- und Ordnungspolizei vollzogen. Die Sicherheitspolizei würde aus jüngeren, den Anforderungen entsprechend bewaffneten Beamten zusammengesetzt, während in der Ordnungspolizei der ältere Teil der Beamtenschaft verbliebe. Die Sicherheitspolizei stelle somit keine Neubildung, sondern lediglich eine Umformung u. d. h. eine Aufgabentrennung in der bestehenden Polizei dar.

Der Minister des Innern erklärt sich bereit, Kontrollorgane der internationalen Regierung bei allen Behörden, deren Sicherheitspolizei untersteht, zuzulassen, um die Verwendung und Bewaffnung der Sicherheitspolizei zu beaufsichtigen; wenn die inneren Verhältnisse in Preußen sich gebessert haben, werde eine Verhandlung mit diesen Offizieren über eine Umformung oder anderweitige Bewaffnung der Sicherheitspolizei stattfinden.

Die Auflösung der Sicherheitspolizei aber, die sich das Vertrauen der Bevölkerung, insbesondere auch des größten Teiles der Arbeiterschaft erworben hat, und die die feste Stütze des Staates und der Verfassung und den Hort der Ruhe und Ordnung des Landes bildet, müsse abgelehnt werden.

Die Einwobnerwehren in Preußen seien durch Erlass vom 18. April aufgehoben. Die Organisation bestehe somit nicht mehr.

Zu dieser Eingabe haben wir zu bemerken, daß die Bildung der Sicherheitspolizei nicht auf die Initiative der preussischen Regierung zurückzuführen ist, sondern daß der Organisationsplan von dem Generalstabier Hauptmann Raab ausgearbeitet und der Regierung zur dringenden Durchführung empfohlen wurde. Die organisatorische Gliederung der neuen Polizeitruppe ließ sofort erkennen, daß es sich um die Bildung von streng militärischen Formationen handelte. Tatsächlich ist nach der Gründung gerade von demokratischer Seite auf die Gefahr einer militarisierten Polizei hingewiesen worden, vor allem waren es auch erfahrene polizeiliche Fachleute, die der neugeschaffenen Formation den Polizeicharakter absprachen und vor dem Exempel warnten. Sie fanden aber bei Heine und Noske kein Gehör. Nicht einmal das Parlament wurde befragt, sondern die Einrichtung wurde über die Köpfe der Volksvertretung hinweg diktatorisch durchgeführt. So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Wenn sich die preussische Regierung also auf ihre demokratischen Pflichten besinnen würde, müßte sie selber für die Entmilitarisierung der Sicherheitspolizei Sorge tragen, um damit eine alte demokratische Forderung zu erfüllen. Die Beamten — mit Ausnahme der Offiziere — werden mit einer solchen Umformung durchaus einverstanden sein und ihren Dienst um so freudiger verrichten, wenn er von allem militärischen Zwang befreit ist.

Wenn Herr Severing schließlich noch behauptet, auch die Einwohnerwehren seien seit dem 18. März aufgehoben, so ist das einfach eine Unwahrheit, denn die Wehren bestehen nach wie vor weiter und sind auch noch in dem Besitz der Waffen.

## Die Rechtssozialisten gegen das Mißtrauensvotum

Das von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung ist den Rechtssozialisten recht unangenehm. Es zwingt sie zu einer klaren Stellungnahme, die sie gerne vermeiden wollen. Wie der „Vorwärts“ mittelst, hat die rechtssozialistische Fraktion einstimmig beschlossen, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen. Ueber die Bedeutung dieses Beschlusses sagt er:

Die Ablehnung des Mißtrauensvotums bedeutet selbstverständlich in keiner Weise ein Vertrauensvotum. Die Sozialdemokratie hat von vornherein erklärt, daß sie sich bei Abstimmung über ein Vertrauensvotum der Stimme enthalten würde, daß sie aber nicht beabsichtigt, der neuen Regierung von vornherein unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Von diesem Gedanken läßt sie sich auch leiten bei der Behandlung des unabhängigen Antrages. Die Fraktion hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Taten der Regierung abwarten will, bevor sie endgültig zu ihr Stellung nimmt. Vorher durch ein Mißtrauensvotum sich festzulegen, lehnt sie ebenso entschieden ab als die Zustimmung der Regierung von vornherein ihr Vertrauen auszusprechen.

Diese Stellungnahme der Rechtssozialisten übertrifft nicht. So notwendig es ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratie der jetzigen Regierung ihr Mißtrauen ausspricht, weil sie eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik treiben muß, so verständlich ist das Verhalten der Rechtssozialisten. Denn die Politik der Regierung zehrenbach ist ja die Politik, die die bisherige Koalitionsregierung unter der Führung der Rechtssozialisten getrieben hat. Die Zustimmung zu dem Mißtrauensvotum für die Regierung würde also gleichzeitig eine Verurteilung der rechtssozialistischen Koalitionspolitik bedeuten.

## Flauie Stimmung

Die Rechtssozialisten veranlaßten gestern 29 öffentliche Versammlungen. Sie hatten sich anscheinend aber zu viel zugetrant, denn wie uns von einer ganzen Reihe von Versammlungen mitgeteilt wird, war der Besuch recht gering, da auch in den meisten Fällen die Anhänger anderer Parteien es vorgezogen hatten, die Versammlungen nicht durch ihre Teilnahme interessant zu gestalten. Fast überall glaubten die Referenten den Anwesenden weismachen zu können, daß die Unabhängigen Wähler mit der Politik der Partei in der Frage der Regierungsbildung nicht einverstanden seien. Ein durch Zwischenruf erzielter Hinweis auf den Ausfall der Gemeindevahl genügt aber durchaus, um die Referenten in dieser Frage zum Schweigen zu bringen. Die Versammlungen verliefen deshalb auch fast überall ohne Diskussion recht eintönig.

## Die Unterhandlungen mit Krajin

S. A. London, 1. Juli.

„Manchester Guardian“ meldet, daß die Unterredungen zwischen Krajin und Liond George nur kurze Zeit dauerten, da der Premierminister vor der Reise nach Belgien flüchtete. Auch Lord George und Krajin war nur ein Dolmetscher und der britische Handelsminister anwesend. Die Konferenz dauerte kaum eineinhalb Stunden. Die Regierung hat ausgedehnte Maßnahmen getroffen, um nichts über das Ergebnis der Unterredung verlauten zu lassen, aber es liegt Grund zur Annahme vor, daß wichtiges erreicht wurde.

In förmlichen Fragen mit Ausnahme der Wiederherstellung des Privateigentums, das von Rußland beschlagnahmt wurde, wird die Moskauer Antwort als befriedigend betrachtet. Bezüglich der Schadenserstattung an private Eigentümer erklärt das Blatt, daß diese englische Forderung nicht direkt abgelehnt worden sei, sondern daß sich die Sowjetregierung auf den Standpunkt stelle, die Schadenserstattung nicht zur Vorbedingung der Unterhandlungen zu machen.

Von anderer Seite wird das Antwortschreiben als ungenügend bezeichnet und es heißt, Krajin werde versuchen, sich weiter mit Moskau in Verbindung zu setzen. Bevor nicht eine endgültige Antwort aus Rußland eintrifft, wird es schwer halten, mit Entschiedenheit festzustellen, ob die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden oder nicht.

Die Meldungen über die Londoner Verhandlungen Krajins sind mit Vorsicht zu behandeln. Während von der einen Seite behauptet wird, die Moskauer Antwort auf die englischen Fragen seien völlig ungenügend und der Abbruch der Verhandlungen stehe bevor, heißt es von anderer Seite wieder, daß diese Antwort als befriedigend betrachtet wird. Daß bei diesen Meldungen ein gut Teil Reporterkombinationen mitspielen, ist sicher. Denn wenn in der obenstehenden Meldung mitgeteilt wird, daß die englische Regierung ausgedehnte Maßnahmen ergriffen habe, um nichts über das Ergebnis der Unterredung verlauten zu lassen, so kann es sich bei dem tatsächlichen Inhalt der Meldung nur um Mutmaßungen handeln, zudem ist als ganz sicher anzunehmen, daß Lord George vor der Konferenz in Spa, die ja indirekt auch diese Dinge berührt, sich nicht festlegen wird. Man tut also gut, wenn man amtliche Neußerungen von englischer oder russischer Seite über den Stand der Verhandlungen abwartet.

Amsterdam, 1. Juli.

Wie der „Telegraaf“ aus London erfährt, wird Krajin nach Moskau abreisen, um sich von der Räteregierung neue Bedingungen einzuholen.

## Rückzug auf der ganzen polnischen Front.

S. M. Paris, 1. Juli.

Telegramme von der polnischen Front berichten über einen allgemeinen Rückzug auf der ganzen polnischen Front von Wilna bis Kowno. Ein Telegramm besagt, daß die Polen von Wilna nach Kowno zurückgedrängt wurden. Das Telegramm ist aber noch nicht bestätigt.

## Polens Anstrengungen.

Haag, 30. Juni.

Wie aus London gemeldet wird, mobilisiert Polen nach weitere Truppen und hat alle Männer zwischen 20 und 35 Jahren unter die Waffen gerufen.

## Italien und Albanien

Rom, 1. Juli.

Die Kammer hat mit 208 gegen 108 Stimmen den Antrag abgelehnt, die italienischen Truppen sofort aus Albanien zurückzuziehen.

Mailand, 30. Juni.

„Avanti“ betont, die von Giolitti angeforderte friedliche Lösung der Frage von Valona sei dadurch möglich geworden, daß die italienische strategische Basis beibehalten, den Albanen aber die Verwaltung der Stadt überlassen würde. Die strategische Basis solle durch die kleine Insel von Staserno sichergestellt werden, die die Bucht von Valona beherrscht. Dieser Vorschlag sei vom militärischen Kommando von Albanien gemacht worden, bevor es zu den Feindlichkeiten kam.

Bodenreform in Litauen. Wie die „Berlingske Tidende“ aus Kowno meldet, hat die litauische Regierung gestern in der Rationalsammlung den Gesetzentwurf über die große Bodenreform in Litauen eingebracht. Der Gesetzentwurf betrifft die allmähliche Uebernahme alles größeren Bodeneigentums durch den Staat. Ferner wird in ihm verlangt, daß alle Majorate, Krongüter, Waldbestände, Seen usw. Eigentum des Staates werden sollen. Innerhalb der Parteien herrschen tiefe Meinungsverschiedenheiten über den Gesetzentwurf.

Sieg des englischen Arbeiterlandkandidaten in Nelson. Bei den Ersthauptwahlen in Nelson erhielt der Arbeiterlandkandidat 14 000 Stimmen, der unabh. Liberale 5800 und der Koalitionsunionist 8500 Stimmen.

Getreideausfuhr aus Argentinien. Wie Havas aus Buenos Aires meldet, können nach den Erklärungen des Landwirtschaftsministers 813 600 Tonnen Getreide ausgeführt werden. Seit dem 1. Juni wurden 637 000 Tonnen ausgeführt.



